

24.05.24 Rede von Dr. Jana Groth zur Wärmewende

„Wir haben zu unseren Ursprungsanträgen, gemeinsam mit den Fraktionen der SPD und CDU, einen Antrag erarbeitet, in dem wir uns wiederfinden können und finden es sehr erfreulich – wie sich schon im Ausschuss zeigte – eine so breite Mehrheit hinter zentralen Zielen der Wärmewende im Landkreis Marburg-Biedenkopf und in der Kreisverwaltung zu wissen.

Wir als Klimaliste haben bereits 2022 und erneut im September 2023 kleine Anfragen zur Wärmeplanung im Bereich der kreiseigenen Gebäude – insbesondere der Schulgebäude – gestellt.

Daraufhin hat die Verwaltung eine akribische Übersicht über die einzelnen Gebäude und deren Energieträger zusammengetragen. Diese liegt den Kreistagsabgeordneten vor und wurde leider von manchem Abgeordneten als „unlesbare Zumutung“ wahrgenommen.

Doch genau diese Datensammlung ist die Grundlage für eine zügige und schnelle Dekarbonisierung der Kreisgebäude. Damit ist nun eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Reihenfolge der Maßnahmen und der voraussichtlichen Kosten geschaffen worden. Deshalb auch an dieser Stelle ein herzlicher Dank an die Mitarbeiter\*innen der Kreisverwaltung, die diese Übersicht erstellt haben. Damit ist ein wichtiger Baustein gelegt, um den Kreis zum Vorreiter in der Wärmewende und im Klimaschutz zu machen. Bezüglich des Antrags ist uns deshalb besonders wichtig, dass der Kreis aus den Reihen seiner Liegenschaften ein geeignetes Bestandsgebäude auswählt, das – auch ohne vorherige Dämmung/Sanierung – innerhalb eines Jahres auf elektrisch betriebene Wärmepumpen umgerüstet wird und so die Dekarbonisierung der kreiseigenen Liegenschaften vorangetrieben wird.

Die bisherigen Vorstellungen von energetischer Sanierung sind häufig noch geprägt von dem "Ölpreisschock" von 1973. Die Reaktion auf die steigenden Ölpreise war u. a. die Verschärfung der Baurichtlinien, um damit die Verminderung von Gebäudewärmeverlusten von über 300 kWh/m<sup>2</sup>a auf unter 15 kWh/m<sup>2</sup>a (Passivhausstandard) durch Dämmmaßnahmen zu erreichen. Das Problem bei diesen Vorstellungen ist jedoch, dass der energetische "Restbedarf" nach wie vor fossil erzeugt wird – wir benötigen jedoch einen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern.

Hier ist ein Paradigmenwechsel angebracht, der ZUALLERERST auf die DEKARBONISIERUNG schaut und dann auf mögliche weitere Energieminderungsmaßnahmen wie Dämmungen.

Dies kann zum Beispiel durch den Einsatz von dezentralen Wärmepumpen in Verbindung mit erneuerbaren Energiequellen wie Photovoltaik und Windkraft geschehen. Das heißt im Übrigen nicht, dass wir dabei das Energiesparen vergessen: Allein durch den Standard der Lambda-Luftwärmepumpe erreicht man eine Reduktion des benötigten Endenergieverbrauchs eines Gebäudes um nahezu 80 %. Die Kosten hierfür liegen in der Regel bei nur noch 20 % gegenüber den "traditionellen" Sanierungskonzepten. Auch die laufenden Betriebskosten sinken um ca. 50 %. Gerade bei begrenzten finanziellen Mitteln müssen wir bedenken, wie Dekarbonisierung möglichst zügig und kosteneffizient durchgeführt werden kann.

Wenn die eigenständige zügige Umsetzung der Dekarbonisierung durch die Kreismitarbeiter\*innen selbst aus Personalmangel nicht möglich ist, bleibt immer noch die Option, diese durch „Energie-Contracting“-Unternehmen umsetzen zu lassen. Deshalb begrüßen wir, dass dieses zumindest geprüft werden soll. Denn Zeit ist ein entscheidender Faktor bei der Wärmewende und beim Klimaschutz im Allgemeinen. Und wir haben nicht mehr viel Zeit.

In den nächsten Jahren wird der größte Teil der Dekarbonisierung durch Luftwärmepumpen und

Photovoltaik erfolgen müssen. Aber auch oberflächennahe Geothermie kann eine wichtige Rolle spielen, und wir hoffen sehr, dass – auch wenn diese nicht mehr explizit im Konkurrenzantrag benannt ist – in diesem Bereich von Seiten des Landkreises Beratung und Informationen für Kommunen und Privathaushalte – beispielsweise über das Kompetenzzentrum Klimaschutz – bereitgestellt werden. Wir möchten nicht, dass die benannten Punkte unseres Antrags „Informieren über Vorteile von Erdwärmesystemen zum Heizen und Kühlen von Eigenheimen und in der kommunalen Wärmeplanung“ unter den Tisch fallen. Hier gilt es, die Potenziale der oberflächennahen Geothermie in den geologisch und hydrologisch unkritischen Standorten zu nutzen.

Die „Kommunale Wärmeplanung“ ist im Prinzip ganz einfach: Die Kommunen erarbeiten auf Grundlage der vorliegenden Gebäudedaten einen Plan, in welchem Bereich und für welche Gebäude welche fossilsfreie Wärmeversorgung am geeignetsten ist. Das werden zu großen Teilen dezentrale Lösungen mit Wärmepumpen und Photovoltaik sein, im dichteren Bestand auch Wärmenetze. Das Problem bei der kommunalen Wärmeplanung ist, dass die Kommunen es – im Vergleich zum Kreis – mit einem viel größeren Bestand an Gebäuden zu tun haben, da es ja nicht nur um die eigenen Liegenschaften geht, sondern insbesondere um Privathaushalte und auch Industrie- und Gewerbegebäude. Hier wird eine Unterstützung des Landkreises notwendig sein, die über die bloße Bereitstellung von Daten hinausgeht.

Ein Punkt, über den wir im Ausschuss kontrovers diskutiert haben und der sich nun auch leider nicht im Konkurrenzantrag wiederfindet, ist ein möglicher Verzicht auf Biomasse in Wärmenetzen. Vor über 10 Jahren begann der Ausbau von kleinen Bioenergiedörfern im Kreis. Das war aus der damaligen Zeit heraus eine wichtige Entscheidung. Heute aber zeigt sich, dass die Biomasse begrenzt ist und die nachhaltige Biomasseproduktion nahezu erreicht ist. Jedes weitere ähnliche Projekt würde zu einer regionalen Mangellage an Biomasse führen, sodass – wenn überhaupt noch Biomasse geliefert werden könnte – diese von weit her kommen müsste und vor allem teurer werden würde. Gegen die Verwendung von Reststoffen aus der Land- und Forstwirtschaft, insbesondere um Spitzenlasten abzufedern, ist nichts einzuwenden. Allerdings ist die Holzverbrennung nur zu geringem Maße nachhaltig und nur so lange klimaneutral, wie dieselbe Menge in der selben Zeit nachwächst. Und wenn sich um Biogasanlagen die Zahl der Flächen, die für Energiemais verwendet werden, plötzlich vervielfacht, kann das nicht im Sinne von Ernährungssicherheit und Biodiversität sein.

Es gibt viele Beispiele von Nahwärmenetzen, die ohne Biomasse auskommen und die zum Teil innovative Konzepte verfolgen, die auch für die Verbraucher\*innen kostengünstig sind. Eine Alternative liegt in der Vernetzung der regenerativen Energieerzeugung durch Windkraft und Photovoltaik mit den Verbräuchen. So wird gerade das Sektorkopplungsprojekt Fuhne in Sachsen-Anhalt geschaffen: Dabei werden mit der Windkraft und Photovoltaik direkt (Groß-)Wärmepumpen in 50 Nahwärmenetzen von ca. 150 Häusern betrieben. Die Verbraucher\*innen haben keine Anschlusskosten und bezahlen ca. 10 Cent/kWh Wärme für 10 Jahre. Auch wer nicht in Reichweite der Nahwärmenetze liegt, erhält eine kleine Wärmepumpe zu den gleichen Konditionen.

Solche Beispiele sind es, die aufzeigen, dass die Wärmewende nichts ist, wovor die Menschen Angst haben müssen, sondern die ihnen – wenn sie richtig gemacht wird – neben dem Klimaschutzaspekt eine saubere, nachhaltige und kostengünstige Wärmeversorgung ermöglichen kann und wird.

Unser gemeinsamer Antrag mit SPD und CDU ist ein Kompromiss, aber er geht in die richtige Richtung und wir hoffen, dass der Landkreis in Sachen Wärmewende in Zukunft noch ein bisschen mutiger wird.